



## Pressemitteilung

**Thema:** Personalmangel bei der Bundespolizei in Mitteldeutschland  
**von:** Dr. Jürgen Martens MdB, Rechtspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion  
**Datum:** 30.01.2019

Die Bundespolizei in Mitteldeutschland leidet unter erheblichem Personalmangel. Wie eine kleine Anfrage sowie mehrere schriftliche Anfragen des Abgeordneten Dr. Jürgen MARTENS (Wahlkreis Zwickau / FDP) ergaben, besteht derzeit eine erhebliche Diskrepanz zwischen Planstellen und tatsächlich besetzten Stellen. So sind derzeit in der Bundespolizeidirektion Pirna, die Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt umfasst, 310 Stellen unbesetzt.

Gleichzeitig sind 53 Beamtinnen und Beamte aus Mitteldeutschland an die deutsch-österreichische Grenze abgeordnet und 25 aufgrund von Auslandseinsätzen nicht in ihren Dienststellen tätig. Aufgrund von Dienstunfähigkeit, Schwangerschaft, Mutterschutz und Elternzeit fehlten darüber hinaus 144 Beamtinnen und Beamte.

Beachtlich sind auch die Fehlzeiten aufgrund von Krankheit. Der Krankenstand lag in den Jahren 2015 bis 2017 bei jeweils ca. 12 % (bei ca. 3.000 Beamten also 360). Zum Vergleich: Die Krankenquote bei gesetzlich Krankenversicherten lag 2017 bei 4,2 %.

Insgesamt hatten sich zum 31.12.2018 in den Dienststellen der Bundespolizeidirektion Pirna 168.752 Überstunden angehäuft.

Hierzu erklärt MARTENS: „Die Bundespolizei nimmt wichtige Aufgaben im Bereich der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorabwehr wahr. Es zeigt sich leider, dass sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben personell nicht ausreichend ausgestattet ist. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass bestehende Stellen auch tatsächlich besetzt werden. Sonst haben die Sicherheitsbehörden auch von den versprochenen neuen Stellen rein gar nichts.“

MARTENS, der auch rechtspolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Bundestag ist, weiter: „Die Überlastung schlägt sich im hohen Überstundenaufkommen nieder. Besonders erschreckend ist für mich, dass die Krankenquote fast dreimal so hoch ist wie die Krankenquote bei gesetzlich Krankenversicherten. Unter Berücksichtigung von Krankheit, Dienstunfähigkeit, Elternzeit und unbesetzter Stellen fehlen damit insgesamt für den Einsatz in den Dienststellen der Bundespolizeidirektion Pirna fast 900 Beamtinnen und Beamte.“

Außerdem kritisierte MARTENS die Prioritätensetzung: „Entsendungen an die bayrisch-österreichische Grenze sind für eine effektive Gefahrenabwehr in Sachsen nicht förderlich. Wir brauchen unsere Polizeibeamtinnen und -beamten hier vor Ort, unter anderem zur Bekämpfung des seit Jahren bestehenden grenzüberschreitenden Drogenhandels.“



Die Kleine Anfrage findet sich unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/070/1907004.pdf>.  
Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an [juergen.martens@bundestag.de](mailto:juergen.martens@bundestag.de).